

Erbschaftsfälle. Merkblatt Erbausschlagung und öffentliches Inventar

Wozu dient die Erbausschlagung?

Die gesetzlichen oder testamentarischen Erben erwerben mit dem Tode einer Person grundsätzlich deren Rechte und Pflichten (Art. 560 ZGB). Da insbesondere die Haftung für die Schulden einschneidende Konsequenzen für die Betroffenen haben kann, können die Erben den Nachlass ausschlagen (Art. 566 Abs. 1 ZGB).

Wann kommt eine Ausschlagung in Betracht?

Meistens wird ein Nachlass ausgeschlagen, weil er überschuldet ist. Nicht immer ist in diesem Fall aber eine Ausschlagung erforderlich: Ist die Zahlungsunfähigkeit der verstorbenen Person offensichtlich oder gar amtlich festgestellt, etwa bei zahlreichen offenen Beteiligungen oder beim Vorliegen von Verlustscheinen, so wird die Ausschlagung vermutet (Art. 566 Abs. 2 ZGB). Die Erben treten in diesem Fall nur dann in die Rechte und Pflichten der verstorbenen Person ein, wenn sie den Nachlass ausdrücklich annehmen.

Ist unsicher, ob der Nachlass überschuldet ist, kann jeder Erbe, der die Befugnis hat, die Erbschaft auszuschlagen, ein öffentliches Inventar (Art. 580 ff. ZGB) verlangen. Das Gesuch um Errichtung des öffentlichen Inventars muss binnen Monatsfrist beim Kantonsgericht Obwalden, Poststrasse 6, 6060 Sarnen, eingereicht werden.

Wer kann einen Nachlass ausschlagen?

Das Ausschlagungsrecht kommt nur Personen zu, denen eine Erbschaft zugefallen ist (Art. 566 Abs. 1 ZGB). Darunter fallen die gesetzlichen Erben (Art. 457 ff. ZGB) einer verstorbenen Person bzw. deren Erben gemäss Testament oder Erbvertrag (Art. 467 f. ZGB). Die ausschlagende Person muss im Nachlass also tatsächlich zum Zuge kommen. Weil im schweizerischen Recht auch ungültige Testamente solange in Kraft bleiben, bis sie durch Klage angefochten werden, braucht selbst ein pflichtteilsgeschützter Erbe (vgl. Art. 470 ff. ZGB) einen Nachlass nicht auszuschlagen, wenn der/die Erblasser/in ihn in ihrem Testament übergegangen hat.

Nicht mehr ausschlagen können diejenigen Erben, welche das Erbe angenommen haben. Die Annahme kann nicht nur durch eine entsprechende Erklärung geschehen. Das Ausschlagungsrecht verwirkt auch für alle Erben, die sich in die Angelegenheiten der Erbschaft eingemischt (z.B. den Geschäftsbetrieb des/r Erblassers/in weitergeführt) oder sich Nachlasswerte angeeignet oder Erbschaftsgegenstände verheimlicht haben (Art. 571 Abs. 2 ZGB).

Wie lange kann man einen Nachlass ausschlagen?

Die Frist zur Ausschlagung beträgt drei Monate. Sie beginnt für die gesetzlichen Erben - soweit sie nicht nachweisbar erst später vom Erbfall Kenntnis erhalten haben - mit dem Zeitpunkt, da ihnen der Tod des Erblassers bekannt geworden ist. Für die eingesetzten Erben beginnt sie mit dem Zeitpunkt, da ihnen die amtliche Mitteilung von der letztwilligen Verfügung des Erblassers zugekommen ist (Art. 566 und Art. 567 ZGB).

Die Ausschlagungsfrist kann nur in Ausnahmefällen erstreckt bzw. wiederhergestellt werden (Art. 576 ZGB). Dazu muss die gesuchstellende Partei dartun, dass ihr eine rechtzeitige Erklärung aus wichtigen Gründen nicht zuzumuten war. Rechtsunkenntnis genügt normalerweise nicht. Es ist anzugeben, was innert der ordentlichen Frist unternommen wurde, um sich einen Überblick zu verschaffen, und weshalb welche Informationen nicht innert der normalen Frist beschafft werden konnten.

Verfahren

Die Erbausschlagung muss gegenüber dem Einwohnergemeindepräsidenten am Wohnort der Erblasserin/des Erblassers zuhanden des Gemeinderates erklärt und von diesem protokolliert werden (Art. 570 Abs. 1 und 3 ZGB). Der Gemeinderat entscheidet auch über die Verlängerung und Wiederherstellung der Ausschlagungsfrist.

Verwenden Sie bitte für die Ausschlagung unser Formular "Erbausschlagung". Füllen Sie dieses bitte aus (Unterschrift nicht vergessen) und senden dieses per Post an den Einwohnergemeinderat Lungern oder geben Sie es persönlich bei uns im Gemeindehaus am Schalter ab. Nach Eingang der Ausschlagungserklärung wird diese dem Gemeinderat vorgelegt. Die Erbausschlagung wird zu Protokoll genommen. Danach wird allen Erben ein Protokollauszug zugestellt. Die Kanzleigebühr geht zu Lasten der Erbengemeinschaft.

Wirkung der Ausschlagung des Erbes

Hinterlässt der Erblasser keine Verfügung von Todes wegen und schlägt einer unter mehreren Erben die Erbschaft aus, so vererbt sich sein Anteil, wie wenn er den Erbfall nicht erlebt hätte (Art. 572 Abs. 1 ZGB).

Hinterlässt der Erblasser ein Testament oder einen Erbvertrag, so gelangt der Anteil, den ein eingesetzter Erbe ausschlägt, wenn kein anderer Wille des Erblassers aus der Verfügung ersichtlich ist, an dessen nächsten gesetzlichen Erben (Art. 572 Abs. 2 ZGB).

Bedingte Ausschlagungen oder solche mit Vorbehalten sind unzulässig (Art. 570 Abs. 2 ZGB).

Daher kann ein Nachlass nicht zugunsten einer bestimmten Drittperson ausgeschlagen werden.

Haben alle nächsten gesetzlichen Erben der verstorbenen Person den Nachlass ausgeschlagen, so treten keine anderen Erben an ihre Stelle. Der Protokollauszug über die Erbausschlagung wird dem Kantonsgerichtspräsidium II Obwalden überwiesen. Dieses beauftragt das Konkursamt Obwalden, die Liquidation durchzuführen.

Ausschlagung eines Vermächtnisses

Auch ein Vermächtnis (Zuwendung einer einzelnen Sache aus dem Nachlass, Art. 484 ff. ZGB) kann ausgeschlagen werden. Die Ausschlagung ist nicht befristet und braucht nicht protokolliert zu werden, denn Vermächtnisnehmer haften nicht für die Schulden des Erblassers.

Öffentliches Inventar

Jeder Erbe, der die Befugnis hat, die Erbschaft auszuschlagen, ist berechtigt, ein öffentliches Inventar zu verlangen (Art. 580ff. ZGB).

Das Begehren muss **binnen Monatsfrist** in der gleichen Form wie die Ausschlagung bei der zuständigen Behörde (Kantonsgerichtspräsidium Obwalden, Poststrasse 6, 6060 Sarnen) angebracht werden.

Wird es von einem der Erben gestellt, so gilt es auch für die übrigen.